

## Meinungen zur Finanzierung einer sozial-ökologischen Zukunft

Datenbasis:	1.027 Befragte
Erhebungszeitraum:	28. Oktober bis 2. November 2021
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Der Paritätische Gesamtverband

### 1. Meinungen zu staatlichen Investitionen

Zunächst wurden den Befragten verschiedene Aufgaben- und Problembereiche vorgegeben mit der Bitte anzugeben, ob die neue Bundesregierung in diesen Bereichen künftig mehr oder weniger Geld als bisher investieren sollte.

Insgesamt wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten für alle sechs abgefragten Bereiche, dass die Investitionen erhöht werden. Dies gilt ganz besonders für den Bereich Pflege und Gesundheit, also z.B. ambulante und stationäre Angebote (85 %) sowie die Bereiche Jugend und Bildung (z.B. Schule, Kinderbetreuung und Freizeitangebote) und Digitalisierung (z.B. Breitbandausbau, Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung).

Jeweils rund drei Viertel der Befragten finden aber auch, dass die neue Bundesregierung zukünftig deutlich oder zumindest etwas mehr Geld investieren sollte in die Bereiche Umwelt und Klima, wie z.B. den Ausbau des Nah- und Fernverkehrs, erneuerbare Energien (74 %), Wohnen, z.B. bezahlbares Wohnen, Barrierefreiheit (72 %) oder Soziales, z.B. Renten, Arbeitsmarkt oder Grundsicherung (71 %).

#### ■ Meinungen zu staatlichen Investitionen I

	Die neue Bundesregierung sollte in den Bereichen künftig Geld investieren				
	deutlich mehr %	etwas mehr %	genauso viel wie bisher %	etwas weniger %	deutlich weniger *) %
- Pflege und Gesundheit	57	28	11	0	2
- Jugend und Bildung	49	31	16	1	0
- Digitalisierung	48	32	13	3	1
- Umwelt und Klima	47	27	17	5	2
- Wohnen	40	32	19	3	2
- Soziales	38	33	22	4	2

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Männer wünschen sich etwas häufiger als Frauen, dass die zukünftige Bundesregierung mehr Geld in den Bereich Digitalisierung investiert. Frauen hingegen wünschen sich eher als Männer stärkere Investitionen in den Bereichen Jugend und Bildung, Wohnen und Soziales.

Mehr Investitionen im Bereich Soziales fordern darüber hinaus auch die Befragten mit geringeren Haushaltseinkommen (unter Euro 2.000) sowie die Anhänger der SPD und der Linkspartei.

▪ Meinungen zu staatlichen Investitionen II

Die neue Bundesregierung sollte in den Bereichen künftig deutlich/etwas mehr Geld investieren

	Pflege/ Gesundheit %	Jugend/ Bildung %	Digitali- sierung %	Umwelt/ Klima %	Wohnen %	Soziales %
insgesamt	85	80	80	74	72	71
Ost	88	87	71	66	77	75
West	84	79	81	76	72	70
Männer	83	76	86	72	68	65
Frauen	86	84	73	77	77	76
18- bis 29-Jährige	81	83	81	90	73	68
30- bis 44-Jährige	82	87	77	69	66	66
45- bis 59-Jährige	83	75	77	63	73	72
60 Jahre und älter	89	79	82	80	77	74
Haushaltsnettoeinkommen:						
- unter € 2.000	83	87	76	77	76	82
- € 2.000 bis unter € 3.000	93	79	84	81	80	72
- € 3.000 und mehr	89	82	78	72	76	71
Anhänger der:						
SPD	94	88	86	90	85	81
CDU/CSU	89	74	86	79	69	61
Grünen	87	87	88	99	71	66
FDP	82	86	88	74	59	54
Linke	95	96	98	94	96	93
AfD	77	88	78	26	65	69

## 2. Meinungen zur Vermögensverteilung und zur Vermögensbesteuerung

Nur wenige Bundesbürger (8 %) haben den Eindruck, dass die privaten Vermögen in Deutschland weitgehend gerecht verteilt sind. 36 Prozent finden die Verteilung weder besonders gerecht noch besonders ungerecht.

Über die Hälfte (52 %) allerdings meint, die privaten Vermögen seien weitgehend ungerecht verteilt. Diesen Eindruck teilen in überdurchschnittlichem Maße die unter 30-jährigen Bürger, diejenigen, mit geringeren Einkommen sowie die Anhänger der SPD, der Grünen und insbesondere der Linkspartei.

### ■ Meinungen zur Vermögensverteilung in Deutschland

Wenn sie an die Verteilung der privaten Vermögen in Deutschland denken, dann ist ihr Eindruck, dass das

	weitgehend gerecht verteilt ist %	weder besonders gerecht noch un- gerecht verteilt ist %	weitgehend *) ungerecht verteilt ist %
insgesamt	8	36	52
Ost	4	39	55
West	8	35	51
Männer	9	37	52
Frauen	6	34	52
18- bis 29-Jährige	5	31	60
30- bis 44-Jährige	9	35	49
45- bis 59-Jährige	9	35	53
60 Jahre und älter	7	39	49
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 2.000	0	30	65
- € 2.000 bis unter € 3.000	7	33	55
- € 3.000 und mehr	9	39	51
Anhänger der:			
SPD	4	25	68
CDU/CSU	11	58	27
Grünen	4	25	70
FDP	19	42	38
Linke	2	2	96
AfD	9	30	58

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl hatten SPD und Grüne angekündigt, dass sie sehr hohe Vermögen, Erbschaften und Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen wollen.

Dass sich SPD und Grüne nun in den Koalitionsverhandlungen mit dieser steuerpolitischen Forderung durchsetzen, halten fast zwei Drittel (62 %) der Befragten für sehr oder eher wichtig. Ein Drittel (33 %) hält das für nicht so wichtig oder unwichtig.

Für wichtig sehen es vor allem die Anhänger der SPD und der Grünen, aber auch die der Linkspartei an, dass sich die Parteien mit ihrer steuerpolitischen Forderung durchsetzen.

Mehrheitlich für nicht so wichtig oder unwichtig halten das hingegen die Anhänger der Union, der FDP und der AfD.

▪ Meinungen zur Vermögensbesteuerung

Dass sich SPD und Grüne mit ihrer steuerpolitischen Forderung, sehr hohe Vermögen, Erbschaften und Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen zu wollen, in den aktuellen Koalitionsverhandlungen durchsetzen, finden

	sehr wichtig %	eher wichtig %	nicht so wichtig %	unwichtig *) %
insgesamt	30	32	17	16
Ost	37	23	23	9
West	29	34	16	17
Männer	32	28	19	20
Frauen	29	36	16	11
18- bis 29-Jährige	25	34	18	16
30- bis 44-Jährige	32	36	9	21
45- bis 59-Jährige	30	30	19	14
60 Jahre und älter	32	31	21	12
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 2.000	41	29	12	10
- € 2.000 bis unter € 3.000	34	31	20	11
- € 3.000 und mehr	29	39	18	12
Anhänger der:				
SPD	44	43	9	2
CDU/CSU	12	26	31	30
Grünen	52	38	8	2
FDP	17	25	20	38
Linke	74	23	1	1
AfD	23	17	30	29

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“